

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Der Abonnementspreis beträgt monatlich 4 Mark, vierteljährlich 12 Mark; durch die Post bezogen monatlich 5 Mark, vierteljährlich 15 Mark. — Fest- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schudy; Druck: H. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich Bochum, Wilmshäuser Str. 38-42. Telefon-Nr. 88, 89 u. 98. Telegr.-Adr.: AIV-Verband Bochum.

### Wohin die Reise? Besinnt euch!

In Bergarbeiterkreisen greift eine Seelenverrentung um sich, die jeden gewissenhaften Menschen zu dem mahnenden Ruf veranlassen muß: Wohin die Reise? Besinnt euch! Oberflächlichkeit und Gefühlshaltigkeit — diese mißbraucht von gewissenlosen Menschen — haben Gefahren geschaffen, welche bereits drohend vor dem deutschen Bergproletariat stehen. Es ist nun einmal so, daß nur ein gewisser Teil der Arbeiter zum Klassenbewußten Kämpferherd gezählt werden kann, der andere Teil besteht zum Teil aus Gefühlssanctifern oder aus oberflächlichen, schwerfälligen, gleichgültigen Menschen. Wenn im Bergbau die letzte Gattung besonders ausgeprägt ist, so mag dies mit der abstumpfenden Bergbauarbeit zusammenhängen. Tatsache ist nun, daß der Stumpfsein so verheerend wirkt, daß die Unternehmer höhnen den Forderungen der Organisationen hegen und erklären: Die Arbeiter denken anders! Man — wir hören die Stimme der Siebenweisen, der Rater zu einer radikalen Taktik! Gemacht, gerade diesen haben wir das Notwendige zu sagen.

Wer sagt, zum Radikalismus die Führer aufzurufen, wenn eine gewisse „Masse“ den radikalen Ton nur im Munde führt, ihre Taten aber das direkte Gegenteil bilden! Ist das nicht wahr? Armer, bedauernswerter Tropf, der du dieses abstreiten willst! Du beweist nur, daß du blind und taub bist. Schlag für Schlag lassen sich Beweise anführen. Das ist traurig, aber wahr, und muß offen und ehrlich ausgesprochen werden. Es muß ausgesprochen werden, daß die Phrase immer mehr den Organisationsgedanken verfehlt, den Indifferentismus schafft und die Macht der Arbeiter geradezu verbrochentlich schwächt.

Welchen Anfeindungen waren die Organisationsführer ausgesetzt, als das Uebersehstabenabkommen bestand? Wieviel Worte sind über die Sechsstundenfrage gesprochen? Wieviel Tinte ist verschrieben und Speckfahel gemacht deshalb, weil ein angeblicher „neuer Verrat“ durch die Verbandsführer geplant sei: die Wiedereinführung der Ueberarbeit! Und was ist am dem Geschrei Schlimmes? Es ist zum Verzweifeln: Phrasen, leere Phrasen sind es nur!

Als der Gedanke der Wiedereinführung der Uebersehstaben wieder auftauchte, gaben die Verbandsführer die notwendige Antwort: Schafft erit die Halbenbestände weg und gebt den Bergarbeitern die schon lange fälligen Rechte! Und was antworten die Redenbeißer? Die Antwort steht in der „Bergbau-Stg.“ vom 17. Mai d. J. Dort heißt es:

„Die Ausführungen des Herrn Aufmann (im Reichstagsrat — Red.) entsprechen nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Was die Abneigung der Bergarbeiter gegen Uebersehstaben angeht, so sei darauf verwiesen, daß die Bergarbeiter gegen Uebersehstaben verfahren und daß vielfach gerade diejenigen, die in den Belegschaftsversammlungen am lautesten die Uebersehstaben verdammen, hinterherum beim Steiger und beim Betriebsführer um sie bitten.“

Eine solche beschämende Antwort geben uns die Redenbeißer und leider ist sie wahr. Gerade dort, wo der Radikalismus zu Hause ist, jenes Element, welches für viele unserer „Warner“ und „Besserwisser“ die milchgebende Kuh ist, dort steht es schlimm aus. Beweise will man haben? Duzende liegen vor, aber nur einer sei angeführt, einer von derselben Post- und Zeitung, welcher auch die betreffende „Bergbau-Stg.“ beilag. Die überradikal-kommunistische „Freiheit“ (Düsseldorf) brachte am 16. Mai einen Artikel, überschrieben: „Schämt ihr euch nicht?“ Dort wird gesagt:

„Das Uebersehstabenwesen auf der Schachtanlage Diergardt I in Bochum hat in der letzten Zeit einen sehr großen Umfang angenommen, daß ungefähr 80 Prozent der Belegschaft ohne Uebersehstaben nicht mehr ruhig schlafen können. Es befinden sich auf dem gesamten Schacht sogar solche Kumpels, die sich 17 Stunden freiwillig für eine Doppelarbeit beim Grubenkapital hingeben. Im Monat April fragten 3. B. einige Kumpels den Steiger, ob sie „brin“ bleiben könnten. Der Steiger bejahte die Frage mit dem Vorbehalt: „Ihr müßt aber um 3 Uhr heute abends ausfahren und um 11 Uhr wieder anfahren, weil heute nacht um 3 Uhr keine Seilfahrt stattfinden.“ Also die Kumpels hatten Mittagslohn und sind auf den Stein eingegangen, von 8 Uhr abends bis 11 Uhr, also 3 Stunden, unbezahlt in dem herrlichen Grubengewand dem Grubenkapital freiwillig zu dienen. Wie gesagt, haben die Kumpels 17 Stunden anstatt 14 Stunden für eine Doppelarbeit dem Kapital treu gedient.“

Diergardt I ist ein sehr radikaler Mütt. Bei der letzten Betriebsratswahl haben dort die Unionisten allein so viel Stimmen und Mandate erhalten, als alle anderen Organisationen zusammen. Auf vorstehende Weise müssen diese Radikalen von ihrer Nährmutter zur Vernunft gerufen werden. Keine Früchte! Ohne weiter auf Einzelfälle einzugehen, verweisen wir nach Hamborn, wo doch sicherlich kein Mangel an „Radikalismus“ vorhanden ist und Samstagabend Uebersehstaben durch Belegschaften verfahren werden. Im Essener Bezirk — auch sehr „radikal“ — wird auf verschiedenen Plätzen rewertweise nachts vollgeleert. Und wenn in Stiepel — um noch einen anderen Fall anzuführen — unionistische und kommunistische „Vorläufer“ der Sechsstundenfrage nach der Gruubenarbeit beim Bauunternehmer Ausschachtungsarbeiten verrichten, so geschieht dies sicher, um den Phrasen Nachdruck zu geben.

Als das Uebersehstabenabkommen bestand und Extraberglöhne dafür bezahlt wurden, schwächten leere Köpfe vom Verrat: dies sind es, die heute Uebersehstaben in größerer Zahl ohne Sondervergütung verfahren. Nun sind diese Uebersehstaben nicht dazu angetan, um die Förderung zu heben; erreicht wird jedoch dadurch, daß sich die Redenbeißer auf die Uebersehstabenmacher berufen und jeden Fortschritt, den die Organisationen wollen, unterbinden. So werden diese Worthelben ihre eigenen und aller Bergarbeiter Senker, wofür sie aber die Organisationsführer verantwortlich machen. Wir wissen, daß unsere Kameraden einen schweren Stand haben. Zahllose Briefe gehen uns zu, in welchen bittere Klagen gegen vorstehend geschilderte Menschen geführt werden. Als einmal ein Kamerad einem solchen Schlotzen sein schändliches

Treiben vorhielt, bot ihm dieser Schläge an. Wir sind gewiß, daß dieser Mensch am lautesten über uns schimpft. „Diese Leute ruinieren uns ehrliche Arbeiter. Sie stehlen uns unseren Lohn weg!“ So klagt ein alter Verbandskamerad in einem Brief.

Hier eine Frage: Kann die Verbandsleitung auf diese indifferenten Menschen einwirken, auf die sie überhaupt keinen Einfluß hat? Nein, das können nur die Kameraden tun, die mit ihnen zusammen arbeiten. Und wie sieht es damit? Hierzu ein ernstes Wort: Nicht alle sollen mit dem, was jetzt gesagt wird, getroffen werden; unter unseren Kameraden und Funktionären befinden sich auch ganze Kerle, die das Herz auf dem richtigen Fied haben. Aber auch wir haben welche unter uns, die, sei es, daß ihnen das Zeug oder der Mut mangelt, sich vom blinden Radikalismus treiben lassen und ihre Hauptaufgabe darin erblicken, um in Versammlungen und Konferenzen den Verbandsangestellten zuzurufen: „Wir müssen radikaler werden, es muß gestreift werden; es wird überhaupt nicht mehr gestreift, deshalb geht es so!“ Wir wissen dieses Kampfmittel zu würdigen, aber das Gruelein überkommt uns, wenn wir an einen eventuellen Generalturm und an diese fragwürdigen Kämpfer, die uns heute schon bei den Unternehmern ausspielen, denken. Sollen das Kämpfer sein, auf die man sich verlassen kann?

Mancher unserer radikalen Verbandsmitglieder muß sich auf die Brust schlagen, denn er ist mit schuldig. Statt den Phrasenmenschen mannkraft entgegenzutreten, verläßt er sie im Radikalismus zu übertrumpfen oder sieht latenslos zu. Er wird verwundert gesagt: „Ja, es ist doch Revolution gewesen, jetzt muß der Verband alles durchdrücken können!“ Der Verband verkörpert sich nicht in der Verbandsleitung, sondern in der ganzen Mitgliedschaft. Seine Macht ruht sich auf die Bergarbeiter. Wo soll aber die Verbandsleitung die Macht hernehmen, wenn die Mitglieder den alten Kampfgeist aufgeben und die indifferente Masse sich selbst überlassen? Frage sich jeder selbst: Konnte die Masse so der Oberflächlichkeit verfallen, wenn der jetzige Agitations- und Kampfgeist unserer Mitglieder nicht nachgelassen hätte? Betrachtet auch doch diese Masse, berettegen die Leitung eine radikalere Taktik einzuschlagen; besonders im Ruhrrevier zeigt sich dieses: läßt sich diese Masse nicht für die unnützigsten Phantastereien mißbrauchen? Unionismus und Syndikalismus von allerhand Arten und Farben, Neugründungen von Einheitsverbänden, Freigeld-Freiland-Bewegung und was es sonst noch für Unnützes gibt. Das soll die radikale Masse sein? Erpart uns die Bezeichnung für diese Menschen. Soll aber diese Masse nicht auch für die vernünftigen Gedanken einer zielbewußten Kampforganisation zu haben sein? Wenn alle unsere Kameraden auf dem Kisten sind, müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn wir nicht unseren schlimmsten Feind, den Unverstand der Massen, besiegen!

Mutlos sollen und dürfen wir nicht sein! Vorwärts, Kameraden, greift in die Speichen! Knüpft euch denjenigen Feind vor, der um euch herum ist: die Oberflächlichkeit, die Unorganisierten und die Nichtmacher. Sorgt, daß wir in kommenden Kämpfen handfeste Leute hinter uns haben, damit wir radikaler werden können, wenn es am notwendigsten sein wird. Einer unserer Besten, unser Sue, ist kürzlich gefallen. Er war ein Werber und Kämpfer wie kein anderer. Als er das Verbandsruder ergriff, standen nur 4- bis 5000 Gardisten um ihn. Heute, nach seinem Tode, zählen wir Hunderttausende. Sein Tod hat uns schwere Dresche geschlagen. Lebt Sues Geist unter uns, dann vorwärts: springt in die Dresche! Lezt Hand an, alle, agitiert und organisiert, rüfct zum Kampf! Schämt die Phrase, werdet Kämpfer und werbet Kämpfer!

### Den Beitragslehen ins Gewissen.

Noch mehr als der Haushalt des einzelnen bedarf eine Kampforganisation infolge zunehmender Geldentwertung erhöhter Einnahmen und muß Erhöhungen der Beiträge vornehmen. Doch findet dies bei einer Anzahl Mitglieder kein Verständnis. „Recht oft widerlegte Gründe werden von den Mitgliedern, die gegen jede Beitragserhöhung opponieren, immer wieder ins Feld geführt. Neben der „Befürchtung“, daß bei einer Beitragserhöhung Mitglieder verloren gehen, wird auch der Einwand vorgebracht, die Gewerkschaften könnten ja doch nicht mehr streiken, weil es nicht möglich sei, das dazu nötige Geld anzukammeln.“

Die Gegner der Beitragserhöhung merken aber nicht, daß sie es gerade sind, die mit ihrem Widerstand gegen die Geldentwertung angepaßter Beitragserhöhungen den Kampfcharakter ihrer Gewerkschaft bedrohen. Mangelnde gewerkschaftliche Ein- und Uebersehstaben über die wirtschaftlichen Vorgänge sind die Ursache, die zu den vorbezeichneten Scheingründen gegen Beitragserhöhungen führen. Der mangelhafte Versammlungsbesuch trägt auch dazu bei.

Gefördert wird diese Opposition gegen höhere Beiträge noch durch allerhand neugegründete Organisationen, die bei jeder Gelegenheit in radikalen Tönen den Kampf fordern, aber zur Durchführung eines solchen keine Beiträge zur Anammmlung eines Kampffonds erheben, vielmehr ihre Kämpfe allein mit Idealismus durchführen wollen. Idealismus ist gewiß eine schöne Eigenschaft und muß vorhanden sein, doch neben ihr auch Opfermut und starke Fassen. Diese zu schaffen, erfordert von der organisierten Arbeiterkraft bei den heutigen Leuerungsverhältnissen Zahlung höherer Beiträge. Idealismus gehört auch dazu, um Laue und Beitragsmüde von der Notwendigkeit der Organisation und damit der Beitragszahlung zu überzeugen. Daß man mit Idealismus allein nicht kämpfen kann, beweisen diejenigen Organisationen, welche niedrige Beiträge erheben und bei jeder Gelegenheit den Kampf im Munde führen, wenn aber einzelne ihrer Gruppen im Kampf stehen. Aufrufe zu Unterstützungsfaktionen ergeben lassen. Dies wissen auch unsere Mitglieder. Sie wissen auch aus Erfahrungen, die sie in den Kämpfen der Bergarbeiter 1905 und 1912 gesammelt haben, daß her bei Eintritt in einen Kampf

vorhandene Idealismus zum Teufel geht, wenn der letzte verdiente Lohn aufgebraucht ist und keine Unterstühtungen gezahlt werden können. Diese Hilfe während der Kampfzeit muß die Beschaffung der notwendigen Lebensmittel gestatten. Alles dieses weiß man: dennoch aber Opposition, wenn es gilt, den finanziellen Rückhalt der Gewerkschaften zu stärken.

Kampforganisationen, zu denen auch der Bergarbeiterverband gehört, können, wenn sie ihren Kampfcharakter aufrecht erhalten wollen, nicht dem Grundgesetz huldigen: viele Mitglieder und niedrige Beiträge. Nein: viele Mitglieder und hohe Beiträge müssen vorhanden sein, um den kommenden Dingen ruhig entgegenzusehen und, wenn erforderlich, den Kampf aufnehmen zu können. Wie es mit der finanziellen Macht der „Nationen“ aussteht und was aus diesen Organisationen wird, die es verdammen, einen starken Kampffonds anzukammeln, dazu nachstehend die Auffassung der Moskauer Roten Gewerkschaftsinternationale, welche sie in einem Schreiben an die Union in Gelsenkirchen (veröffentlicht in der Gelsenkirchener „Union“ vom 3. Dezember 1921) zum Ausdruck bringt:

„Wir bemerken mit Erstaunen, daß die Mitglieder der Union gegenüber den Mitgliedern der freien Gewerkschaften sehr niedrige Beiträge zahlen. Das ist eine Sache, die auch nur Unheil bringen kann und zwar nach zwei Seiten hin. Erstens einmal hindern auch die niedrigen Beiträge, den Anforderungen an eine leistungsfähige Organisation Genüge zu tun. Ihr seid immer in der unangenehmen Situation, wegen Mangel an Mitteln auch vor lokalen Bewegungen zurückzuführen. Die großen Kämpfe, bei denen es um Sein oder Nichtsein geht, in denen man natürlich keine Unterstützung leisten kann, sind nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Nach wie vor werden tausend Kleinkämpfe geführt werden müssen, und es wäre einseitig, bei der heutigen materiellen Notlage der Arbeiter zu verlangen, sie sollten diese Kämpfe ohne oder mit ganz geringen Unterstühtungen führen. Solche Unterstühtung führt entweder dazu, daß man Kleinkämpfe entweder überhaupt zu führen ablehnt, um auf den großen Kladderadatsch zu warten, wie das eine glücklicherweise ausgesprochene syndikalistische Richtung propagierte oder wie es jetzt einige R.A.D.istische Unionisten predigen. Das ist eine Politik, die zur Impotenz und zum Streikbruch führt. Oder diese Aufstärkung führt dahin, daß die besten Kämpfer von der Not gänzlich zermürbt werden und wegen ihrer materiellen Notlage ganz aus dem Kampfbereich ausscheiden. Zweitens veranlassen die niedrigen Beiträge solche Arbeiter dazu, die nur aus Mode oder aus Furcht sich organisieren und den billigsten Läden anschließen. Solche Elemente aber können auch nur in einem planmäßigen Kampf hinderlich sein. Es ist ein grundverchiedener Gedanke, durch niedrige Beiträge ähnliche Elemente anzulocken, in der Hoffnung, sie in der Organisation zu Klassenkämpfern erziehen zu können oder in der Meinung, es sei besser, wenn man sie sich herangezogen hat, als daß sie unorganisiert herumliegen. Gewiß sind organisierte Arbeiter besser als wie unorganisierte, darum muß auch auf die Unorganisierten intensiver eingewirkt werden, damit sie sich organisieren. Das kann aber unmöglich zum Nutzen der Arbeiterbewegung geschehen, wenn diese Leute durch niedrige Beiträge angelockt werden.“

Trotzdem also dort die ganz richtige Auffassung vorhanden ist, daß niedrige Beiträge den Kampfcharakter einer Organisation immer nur schwächen, handelt man doch nicht danach. Bei wiederholtem Aufruf zum Kampf und beim Fehlen eines guten Kampffonds treibt man, wie in dem Schreiben schon ganz richtig charakterisiert wird, die Arbeiter dazu, bei Wirtschaftskämpfen Streikbruch zu begehen. Daß mit dieser Taktik — viel Geschrei und niedrige Beiträge — nur eine Schwächung der Arbeiterfront erreicht wird, sieht leider auch ein Teil unserer Mitglieder nicht ein.

Die Kämpfe der Arbeiter, welche in der letzten Zeit in vielen Ländern gegen Verlängerung der Arbeitszeit und Reduzierung der Löhne geführt wurden, sollten als Warnung dienen. Sie sollten zur Organisationsarbeit anhalten, um die Aufbringung von Kampfmitteln noch mehr zu steigern. In allen Ländern, wo sich bisher diese Kämpfe abspielten und wo sie gewonnen wurden, war der Idealismus nicht allein ausschlaggebend, sondern in der Hauptsache die finanzielle Stärke der im Kampf stehenden Organisation. Die sich zurzeit in Deutschland abspielenden Kämpfe zeigen die immer mehr zutage tretende Abneigung der Unternehmer, eine Beteiligung der achtstündigen Arbeitszeit zu erreichen. Sie werden ihren Willen nicht durchsetzen, wenn die Gewerkschaften nicht nur an Mitgliedern, sondern auch finanziell stark genug sind.

Der Bergarbeiterverband kennt die Abneigung der Unternehmer im Bergbau, welche auf Beteiligung der bisherigen Errungenschaften hinielen. Er kann sich aber nur erfolgreich dagegen zur Wehr setzen, wenn bei allen Mitgliedern die notwendige Einsicht vorhanden ist, bei der Durchführung von Maßnahmen heftig zu sein. Eine der wichtigsten Maßnahmen ist die Aufbringung der vom Verbandsvorstand ausgearbeiteten höheren Beiträge. Dies müssen alle Mitglieder endlich einsehen und beherzigen.

### Sturmzeichen im Ruhrrevier.

In den ersten Tagen des Monats Mai haben auf einer Anzahl Gruben des Dortmunder und Wittener Reviers ungefähr 20000 Bergarbeiter gestreikt. Der Kampf galt nicht der Erhaltung besserer Löhne, sondern er diente dem hier ausgesprochenen Zweck, durch Unternehmerrücktritt entlassene Kameraden zu schützen und wieder in Arbeit zu bringen. Direkte lokale Ursachen der Arbeitsniederlegung waren Differenzen infolge der Feier des 1. Mai.

Beizachten wir diese Vorgänge im Zusammenhang mit anderen ähnlichen Ereignissen im Ruhrrevier, so erkennt man, daß sie eine blühliche Beleuchtung der mit Hindstoff geladenen Atmosphäre in unserem größten Kohlenrevier sind. Diese Arbeitsniederlegung soll uns daher veranlassen, einmal zu setzen, welchen Kurs wir im Ruhrrevier freieren, zweitens aber wollen wir bei unseren nicht im Ruhrrevier beschäftigten Mitgliedern und in der Öffentlichkeit das Verständnis dafür zu wecken versuchen, welche Gedankengänge uns bei unserer Stellungnahme zu diesen Wirtschaftskämpfen leiten. Schon das Verhalten der Unternehmer und auch der christlichen Gewerkschaften, die die Kämpfer ablehnen und nicht nur lächerlich machen, sondern auch versuchen, die Arbeit aufrecht zu erhalten, ist vom psychologischen Gesichtspunkt aus eine sehr große Unflugheit. Nachdem sich die eine Hälfte des Volkes für diese Feier einsetzt, müßte die andere Hälfte, wenn es ihr wirklich ernst wäre, dem Frieden im Innern zu dienen, die Berechtigung der Kämpfer anerkennen. Gegenläufige Duldung nicht nur in der Frage der Kämpfer, sondern auch bei Wählern auf Arbeitsruhe an fröhlichen Festtagen sollte etwas Selbstverständliches sein. Die Unterstühtenden sind Radikal und ihnen ist an einer Beförderung in der Zusammenarbeit



der verschiedenen Bevölkerungsgruppen nicht... einfinden die Arbeiter... die für die Arbeiter...

der noch andere Gründe sprechen für die... Seit längerer Zeit gehen die Unternehmer...

der noch andere Gründe sprechen für die... Seit längerer Zeit gehen die Unternehmer...

der noch andere Gründe sprechen für die... Seit längerer Zeit gehen die Unternehmer...

der noch andere Gründe sprechen für die... Seit längerer Zeit gehen die Unternehmer...

der noch andere Gründe sprechen für die... Seit längerer Zeit gehen die Unternehmer...

der noch andere Gründe sprechen für die... Seit längerer Zeit gehen die Unternehmer...

der noch andere Gründe sprechen für die... Seit längerer Zeit gehen die Unternehmer...

der noch andere Gründe sprechen für die... Seit längerer Zeit gehen die Unternehmer...

der noch andere Gründe sprechen für die... Seit längerer Zeit gehen die Unternehmer...

der noch andere Gründe sprechen für die... Seit längerer Zeit gehen die Unternehmer...

der noch andere Gründe sprechen für die... Seit längerer Zeit gehen die Unternehmer...

der noch andere Gründe sprechen für die... Seit längerer Zeit gehen die Unternehmer...

der noch andere Gründe sprechen für die... Seit längerer Zeit gehen die Unternehmer...

der noch andere Gründe sprechen für die... Seit längerer Zeit gehen die Unternehmer...

der noch andere Gründe sprechen für die... Seit längerer Zeit gehen die Unternehmer...

der noch andere Gründe sprechen für die... Seit längerer Zeit gehen die Unternehmer...

der noch andere Gründe sprechen für die... Seit längerer Zeit gehen die Unternehmer...

der noch andere Gründe sprechen für die... Seit längerer Zeit gehen die Unternehmer...

der noch andere Gründe sprechen für die... Seit längerer Zeit gehen die Unternehmer...

der noch andere Gründe sprechen für die... Seit längerer Zeit gehen die Unternehmer...

der noch andere Gründe sprechen für die... Seit längerer Zeit gehen die Unternehmer...

der noch andere Gründe sprechen für die... Seit längerer Zeit gehen die Unternehmer...

der noch andere Gründe sprechen für die... Seit längerer Zeit gehen die Unternehmer...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

der Notwendigkeit dieser Maßnahme von Frankreich begründet... mit dem Hinweis auf die gestiegenen...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

ihre Mitglieder ausgeschreiben. Auch der Allgemeine freie... (Kaufmann) hat für seine Mitglieder den...

Aus der Lachpraxis.

Zu den Kohlenarbeiterverhandlungen. Am 17. Mai hat im Dienstgebäude des Bergbauischen Vereins in Offen das vom Reichsarbeitsministerium...

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Kohlen- und Erzgrube und -Erziehungen. In Sülzbürg werden die Bohrungen nach Kohlen von Staatswegen fortgesetzt. Neben den schon von uns gemeldeten...

Neue Kupfer- und Bleierzlager

wurden in Wangsfelder Gegend bei Kollmergraben entdeckt. Der 'Sonderburger Correspondent' meldet, daß das...

Der Goldbergbau

steht infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse dort wieder aufgenommen zu werden. Wo er früher, weil unrentabel, eingestellt wurde...

Gefährdung der Kohlen-Produktion durch Frankreich.

Infolge der französischen Söldnerverpflichtung nach Deutschland setzen die Kohlenlieferanten nach Frankreich liefern. Frankreich ist mit Kohlen überfrachtet, verkauft diese zu billigen Preisen...

Französische Kohlenpolitik im Saargebiet.

Mit dem Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrages wurde dem französischen Staat das volle und unbeschränkte Eigentum an den saargebirgischen Bergwerken und Kohlenfeldern...

Reiz Gardies Lebensbild.

Dem englischen Berg- und Arbeiterführer.

Su den großen qualitativen und quantitativen Leistungen, die die Arbeiterbewegung aller Länder während der letzten Jahre erlitten, steht auch der des englischen Arbeiterführers James Reiz Gardie...

Kampf der süddeutschen Metallarbeiter.

Ein Kampf, wie ihn die süddeutschen Metallarbeiter seit über zwei Monaten führen, steht einzig in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hunderttausend Mann schon über zwei Monate ausgebeutet...

Sancti-Benedicti, heilten alle Wunden...

Am 23. Juni fand nämlich in Südwest ein großes Bergarbeiterfest statt, bei dem 200 Menschen ihr Leben einbüßten. Es sollte an die Stätte des Grauens, organisierte die erste Hilfe...



Nicht zu vergessen ist hierbei, daß das Saarrevier, welches der französische Imperialismus unter seinen "lieben Schutze" gestellt hat, große Gefahren für Frankreich, vornehmlich mit fast unvorstellbarem Reparationslohn, kann die durch die Preissteigerung verteuerten Saarrohstoffe nicht mehr gebrauchen und überläßt nun das Saarrevier seinem Schicksal. Der "liebliche" französische Schutz erteilt in die sogenannte "Affenliebe", welche den Schülern die Gefahr des Erdbebens bringt. Wiederholt hat das Saarrevier schwere Krisen, Hungerkrisen usw. durchgemacht. Augenblicklich steht es wieder schützlich unter dem Bergbau. Die Saarregierung sucht sich damit zu helfen, daß sie tausende Saarbergarbeiter, welche außerhalb des Saarreviers wohnen, entlassen will. Nicht geschieden soll dies, wenn sich Deutschland zu einer monatlichen Abnahme von 200.000 Tonnen Saarrohstoffen verpflichtet. Es gehört wirklich keine Regierungsweltweisheit dazu, Krisen mit Arbeiterentlassungen zu beheben. Die Bergarbeiterorganisationen haben sich dort sofort ins Zeug gelegt, um das schlimmste zu verhindern und die Erregung der Bergarbeiter zu glätten. Für das deutsche Volk ist dies keine leichte Aufgabe. Nicht nur, daß wir die durch französische Wirtschaftspolitik hochgeschraubte Saarrohstoffpreise bezahlen sollen, wir verschlechtern damit noch mehr unseren lästigen Weltstand. Aber was bleibt uns übrig? Wollen wir nicht, daß tausende Saarbergarbeiter die französische "Menschlichkeit" zu spüren bekommen, dann müssen wir, soweit unsere Kräfte reichen, zu helfen versuchen.

## Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

### Stinnes und Annapf-Kunze.

Annapf-Kunze ist unter die Karre gekommen. Dieser Unfall ist ihm zuzurechnen, als seine Beleidigungsklage gegen den Redakteur des Berliner Tagesblatts "Erich Dombrowski" vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt wurde. Annapf-Kunze ist jedoch ein "feiner Mann mit guten Verbindungen" und so kam es, daß sein Vorgesetzter Stinnes auch durch den Unfall in Mitleidenschaft gezogen wurde. In einem Artikel des "Berliner Tagesblatts" wurde Kunze unter der Überschrift "Der Held von Garbelegen" als "wilde Beleidiger", "Lügner, Hampfkerer und Dickschädel" bezeichnet. Kunze sagte, der Verteidiger Dombrowski, Rechtsanwalt Grünig, habe wiederholte die Dombrowski des "Tagesblatts" und führte Beweise an. Er hielt den Kunze "Sauerfetzen" im Gefangenenlager von Garbelegen vor. Kunze verwarf die Sache gegen den Dombrowski, worauf R. L. Grünig das Gericht eine Photographie aus dem Jahre 1916 vorlegte, welche gelegentlich eines Seftagelages im Gefangenenlager Garbelegen aufgenommen worden war. Das Bild zeigt Kunze mit einigen Soldaten in anderer Stimmung; Kunze selbst hat einen Stiefel angezogen und auf den Tisch gestellt, hält in der einen Hand ein Gefäß, während ein anderer Soldat auf dem Flusse trinkt. Kunze hat nun, mit Rücksicht auf die von der Gegenseite vorgebrachten neuen Behauptungen einer Vertagung stattzugeben, damit die nötigen Gegenzeugnisse benannt werden könnten. Er hat auch um kommissarische Vernehmungen, da er nicht in der Lage sei, die nötigen Kosten vorzuschüsse für die Reisen seiner Zeugen zu tragen. Jurist Dombrowski: "Stinnes hat Ihnen doch 180.000 Mark gegeben!"

Der Verteidiger beantragte zum nächsten Termin die Ladung einer Reihe von Zeugen, u. a. eines früheren Angeklagten Kunzes, Dr. Bruch, als Zeugen wolle, daß Kunze im Gefangenenlager Garbelegen überaus zügellos gewesen sei, daß er sich vom Dienst gedrückt habe, daß er groß im Erschauen und Aussehen gewesen sei und sich bei seinen Kameraden großer Unbeliebigkeit erfreut habe. Ein weiterer Zeuge soll bekunden, daß Kunze auch während der Urlaubsreisen häufig Unschicklichkeiten im konservativen Verfassungskreis begangen habe, daß Kunze ferner in einer Soldatensammlung ein "Kochbuch" ausgebreitet habe, bei dem die Soldaten ostentativ fliegen gelächelt wären, und zwar, wie sie später ihrem Kommandeur erklärten, keineswegs aus Achtung der Person des Kaisers, wohl aber der Kunzes, der als "Kochbuch" und "Kochrezepte" zu einer solchen Rundung sein Recht gehabt habe. Eine Reihe weiterer Zeugen soll bekunden, daß Kunze, der in einer Villa wohnte, die Gefangenen anlässlich für seine Privatgewinne habe arbeiten lassen, daß er ferner Kampfer in großen Mengen hatte, daß ein gegen ihn eingeleitetes Verhör wegen "Schwarzhandlung" und unerlaubten Handels mit Lebensmitteln merkwürdigerweise damit geendet habe, daß die Akten "unlesbar" verändert wurden. Weiter soll bewiesen werden, daß der Mörder, als er Garbelegen besaß, in seinem Möbelwagen Kehl und Schrank genutzungsweise mitgeführt habe. Das frühere Dienstmädchen Kunzes soll bekunden, daß Kunze im Gefangenenlager von Garbelegen ein Schweine und Ziegen untergestellt habe, die auf ausdrückliche Anweisung mit Kartoffeln gefüttert werden mußten. Zum Schluß beantragte der Verteidiger zur Kennzeichnung des Charakters Kunzes die Ladung eines früheren Militärk. Bittora, die unter ihrer Eide davor schwören, daß Kunze 3000 Mark, die er für den nationalen Propaganda erhalten habe, in seine eigene Tasche gesteckt, und daß er der Zeugin verboten habe, diese Summe zu berühren. Ferner erklärte sich der Verteidiger bereit, den Beweis dafür zu erbringen, daß der Mörder Kunze, der in öffentlichen Verleumdungen behauptet habe, von ihm Bettelbriefe an Stinnes keine Kenntnis zu haben, den Entwurf dieses Briefes durchgesehen, als nicht zugestimmt worden sei, den Brief selbst den endgültigen Brief an Stinnes an Hand dieses Manuskripts in die Schreibmaschine diktieren hat.

Das Gericht beschloß Verlegung und Andauerung eines neuen Termins mit Ladung aller in der Verhandlung benannten Zeugen.

Kleingüter sind nur mit, mit welchem Geschäft sich Stinnes aus der Patsche ziehen wird. Stinnes verfährt sich zwar menschlich, nicht wahr — es ist doch peinlich, so ne verlässliche Schwermereit. Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" hat jedoch vor und sagt, daß Stinnes den Kunze nicht unterliegt habe. Die "Schlacht" dabei ist fertig (das hat was zu bedeuten) über den Redakteur Dombrowski. Das Berliner Tagesblatt scheint jedoch seiner Sache sicher zu sein und berichtet Aufklärung im nächsten Termin. Wenn nicht alles trügt, wird Stinnes' Weisse nicht ohne Befrieden abhandeln.

## Internationale Rundschau.

### Löhne im holländischen Bergbau.

Im Organ des holländischen Bergarbeiterverbandes werden die Löhne der holländischen Bergarbeiter im 1. Quartal 1923 veröffentlicht. Um die Lohnunterschiede zwischen dem genannten und dem 1. Quartal 1921 herbeizubringen, setzen wir hier beide Quartale nebeneinander. Es betragen demnach die Löhne in Gulden pro Arbeitstag:

	1. Quartal 1921		1. Quartal 1923	
	ohne Zuschlag	mit Zuschlag	ohne Zuschlag	mit Zuschlag
Bauhauer	9,04	10,55	8,57	9,26
Schiebemeister	8,25	9,75	7,77	8,47
Hauer	8,09	9,36	7,17	7,84
Reparaturhauer	5,34	7,86	5,98	6,40
Schlepper vor Ort	6,26	7,06	5,76	5,99
Schlepper über 18 Jahre	4,97	5,63	4,63	4,78
Durchschnittslöhne für Untertagesarbeiter	6,31	7,26	6,34	6,83
Durchschnittslöhne für Obertagesarbeiter	4,57	5,24	4,29	4,81
Durchschnittslöhne aller Grubenarbeiter	6,17	7,19	5,68	6,07

Aus nachstehendem geht hervor, daß die Löhne aller Bergarbeiter um 1,12 Gulden im 1. Vierteljahr 1923 gegen die gleiche Zeit 1921 zurückgegangen sind. Auf den Rückgang entfallen von den Löhnen der Untertagesarbeiter 0,78, auf die Obertagesarbeiter aber 1,34 Gulden. Um schlußendlich wurden die Hauer, als die eigentlichen Kollisionspunkte, betroffen, deren Löhne für die angegebene Zeit um 1,72 Gulden sanken. Die Verwaltung der holländischen Staatsgrube hat in letzter Zeit eine größere Zahl von Beamtenentlassungen vorgenommen. Dem entsprechend sieht sich mit der Abnahme der holländischen Bergbau. Die Entlassungen werden, so behaupten die Beamten, wirklich vorgenommen. Dies hat eine große Erregung hervorgerufen und zu Anfragen im Parlament Anlaß gegeben. Der Minister hat ein Eingreifen abgelehnt.

## Für eine Einheitsorganisation der Bergarbeiter.

Die "Proger Presse" vom 9. Mai berichtet aus Bitterfeld: In der letzten Sitzung des Bergarbeiterverbandes in Berlin wurde eine Entschlossenung angenommen, in der die Forderung einer einheitlichen Reichsorganisation der Bergarbeiter ausgesprochen und das

Wahlbureau des Verbandes beauftragt wird, über den Zusammenfluß aller drei koordinierten Bergarbeiterorganisationen zu verhandeln und diesen bis 31. Mai das Ergebnis der Verhandlungen mitzuteilen. Die Reichskonferenz empfahl den Bergarbeitern, solidarisch mit den Reichsarbeitern am 15. Mai den Streik zu beginnen, wenn bis zu der angegebenen Zeit der Konflikt nicht beigelegt sein wird. Inzwischen werden die Bergarbeiter darüber abstimmen, ob der Streik am 15. Mai begonnen werden soll.

## Die Christen in Ungarn.

Das Bergarbeiter-It ist wieder an Ungarn angegeschlossen worden. Bei der Uebernahme gelang es den Christlichsozialen, bei der Regierung durchzusetzen, daß die Bevollmächtigten des freien Bergarbeiterverbandes erst nach Monaten das Gebiet betreten dürfen, um die Verbindungen mit den dortigen Ortsgruppen wieder herzustellen. Während dieser Zeit freuten sich die Christlichsozialen durch Verkündung der „Sozialdemokraten“ gewaltig an, um die Arbeiter für sich zu gewinnen. Von Erfolg ist natürlich keine Rede, vorausgesetzt, daß es die Christlichsozialen sich nicht als Erfolg anrechnen, daß es ihnen gelungen ist, einige Gelder, die sich früher als wilde Wirtschaften gebildet, für die „christliche“ Sache zu gewinnen, wobei diese Elemente nichts anderes bezweckten, als ihre Haut in Sicherheit bringen zu können. In jener Zeit reichten die Christen zwei Gesuche an die Grundbesitzer um Lohnrückstellungen ein. Die Gesuche wurden gar nicht beantwortet. Im Januar d. J. gelang es dann wieder, die Ortsgruppen des Verbandes zu organisieren und die gewählten Vertreter einzunehmen und sofort wieder über die Arbeiterrechte einer Regelung zu unterziehen. Kürzlich gab es Verhandlungen, zu welchen die Kameraden Meyer und Bertrand als Arbeitervertreter erschienen. Sehr fanden sich unregelmäßig auch die Christen ein. Sie wurden aber von unseren Kameraden abgelehnt, weil sie nicht ein Dutzend Arbeiter, die sie zu vertreten gebeten, anführen konnten. Unsere Kameraden beantragten, daß die Bergarbeiter ihre Verhandlungsführer durch offizielle Wahl zu bestimmen haben. Die Wahl ergab nur 50 Stimmen für die Christlichsozialen und die Verhandlungen wurden nun ohne diese geführt mit dem Resultat, daß 20 % Lohnrückzahlung herauskamien.

## Das Verbrechen in Rumänien.

Vor zwei Wochen berichteten wir über eine große Grubenexplosion in Rumänien. Wir schrieben damals von 160 Toten und daß es eine Kohlenflucht gewesen sein soll. Nach einem uns jetzt vorliegenden Bericht beträgt die Zahl der Toten 82, die Explosion ist auf Schlagwetter zurückzuführen. Hören wir, was „Der Bergmann“ Organ der Berg- und Hüttenarbeiter Deutschlands, darüber berichtet: Eine solche Katastrophe hat nun unsere Kameraden in Lupeny in Siebenbürgen ereignet, 22 brave Kameraden sind ihr zum Opfer gefallen. Hier ist ein Verbrechen begangen worden, denn man hat auch die primitivsten Vorkehrungen unterlassen, um vor dem Ausbruch der Sprengstoffe zu warnen, ob die Grubenluft diese gefährliche Arbeit zulassen. Man hat sogar wissen müssen, daß bei den vorhandenen Gasen eine Explosion unvermeidlich ist. Die Arbeit wurde durchgeführt, trotzdem feststand, daß eine Katastrophe eintreten muß. Das Unglück geschah in Rumänien, und das sagt genug, denn in diesem Dorado schufstiger Völarherrschafft, wo der weiße Schrecken herrscht, gibt es kaum Spuren einer Organisation, daher auch keine Möglichkeit für den Arbeiter, selbst Einspruch darauf zu nehmen, daß solche Verbrechen verhängt werden. Wir lassen nun eine Darstellung folgen, wie sie die „Arbeiter-Zeitung“ bringt: Die entsetzliche Grubenkatastrophe in Lupeny. Es wurde schon auf Grund von Telegrammen über die entsetzliche Grubenkatastrophe in Lupeny (Siebenbürgen) berichtet, der 22 Bergleute zum Opfer fielen. Dem Arbeiterorgan ungarischer Blätter „Kereszt Ujsag“ entnehmen wir eine ausführlichere Darstellung dieses Unglücks, nein, dieses Mordes: Die Explosion erfolgte im Kranta-Stollen, wo 90 Bergleute gearbeitet hatten. Davon fanden 22 den Tod, vier wurden schwer verletzt, sechs kamen mit leichten Beschädigungen davon. Die Explosion erfolgte Donnerstagmorgen um 7 Uhr, bis Samstag früh gelang es, 80 Leute zu bergen, zwei sind unauflösbar. Die Katastrophe erfolgte in dem Kranta-Stollen, wo man einen neuen Weg sprengen wollte. Nun ist es eine alte Regel, daß vor jeder Sprengung die Luft auf ihren Gehalt an Grubengas untersucht werden muß, und wenn das Grubengas anderthalb Prozent übersteigt, muß die Sprengung unterbleiben. Man wollte die Sprengung tags zuvor unternehmen, aber die Unmöglichkeit des Stollens widersetzte sich dem, weil es sich herausstellte, daß die Luft des Stollens mehr als 5 1/2 Prozent Grubengas enthielt. Es ist also kein Unfall, sondern ein Verbrechen, das da begangen wurde. Der leitende Arzt des Bergkrankenhauses jagte dem Berichterstatter des Blattes: „Nur bei den allerniedrigsten Gehalt der Argonierung, da fast alle unkenntlich geworden sind und manche Zeichen in sechs Stunden unter den Ruinen herausgegraben wurden. Aus den zerstörtesten Schichten hebt bei diesen das Gehirn. Den meisten ist das Genie zerstört worden, bei vielen waren die Gliedmaßen unauflösbar. Bei zweiten ist der Rumpf ausgenommen und da im Augenblicke der Explosion in dem Stollen eine Temperatur von 7000 bis 8000 Grad Celsius war, sind auch die sonst unzerstörlichen Leichen fast vollständig verkohlt.“

Die Spitaldirektion erließerte der Bezirksleitung über die Ergebnisse der ärztlichen Untersuchung einen Bericht. Auf Verlangen der Direktion besetzte die Gendarmrie das in eine einzige Totenkammer umgewandelte Spital, weil sich gegen 10 Uhr abends etwa 500 Frauen vor dem Gebäude angeammelt hatten, die in die Totenkammer einbringen wollten, um ihre Toten nach Hause mitzunehmen. Es war erschütternd zu sehen, wie argente Männer die Gendarmrieoffiziere ansahen, daß sie ihnen gestatten mögen, ihre Toten nur noch einmal zu sehen. In vorgerückter Nachtzeit langten die anwesenden Mitglieder der Direktion bei dem Spital an. Sie brachten auf einem großen Wagen schwarze Anzüge und Hüte, damit die Angehörigen der Opfer die zerschmetterten Leichen und die zertrümmerten Körper nicht sehen sollten. Da konnte aber auch die Gendarmrie die Masse nicht länger zurückhalten und, um Argers zu verhüten, wurde es den Männern gestattet, ihre Leuten zu besuchen und, wenn möglich, sie zu agonisieren. Diese gesperderhaften Besuche dauerten bis Mitternacht, und sehr viele der grauenvollen Leich dieser Tragödie ein.

Auf einem schmalen beleuchteten Bergpfade setzte sich ein Irreführung in Bewegung, um die 60 Särge aus dem Hauptplatz der Dorfkirche zu bringen. Als der erste Sarg aus dem Spital gebracht wurde, rief sich ein Bergmannsruhmildt los und warf sich auf die den Sarg tragenden Bergleute. Die ohnmächtigen hilflosen Frauen verbarrikadeten sich im eigentlichen Sinne des Wortes den Weg und es dauerte länger als eine Stunde, bis der Weg „gefreit“ und für den Transport freigegeben wurde. Erst in den früheren Morgenstunden wurde die Massengrube auf dem Hauptplatz aufgestellt. Der Sarg aber war niemandem gestattet.

## Das Begräbnis.

Die ausgestreuten Straßen des Städtchens wurden aber bald den großen Massen feiert. Aus den umliegenden Gruben kamen in Prozogen zu Laufen die Bergleute heran, die Angehörigen der Verunglückten bildeten einen besondern Zug. Auf die Intervention der Arbeiter geleitete endlich das Unternehmen, daß auch die weiblichen Angehörigen ihre Toten bestatten können. Nach der Bestimmung von zwei, drei Särgen aber wurde diese Erlaubnis wieder zurückgezogen, weil die Frauen nacheinander in Ohnmacht fielen. Während der Vorbereitungen zum Begräbnis stellten sich grauenvolle Szenen ab. Ein vierjähriges Kind trat auf die Bahre hinauf und weinend sagte es zu dem Toten, der sein Vater war: „Mutterchen kann nicht kommen, denn sie ist krank.“ Das Kind mußte gewaltsam entwirrt werden. Neben einem anderen Sarge krachte eine Frau im Heulst. Sie hatte einen Priorentraum auf dem Kopfe; an diesem Tage hätte ihre Hochzeit stattfinden sollen und nun mußte sie ihren Brautgänger auf den Friedhof begleiten. Erst als 10.000 Menschen gegen diesen Märtyrer der Arbeit das letzte Geleite. Sie wandten auf einem Hügel beinahe, wo im Jahre 1917 67 auf ähnliche Weise umgekommene Bergleute bestattet worden sind. 84 Witwen, 96 Waisen und 7 unterfertige Eltern haben in den Verunglückten ihre Angehörigen verloren.

## Wenn der Wahnsinn eintritt.

In einer amerikanischen Zeitung ist zu lesen: Während Millionen und Millionen Menschen leiden und Hungerhaufen den Hunger an Regierung antragen, so

liegen, gibt unser Kaiserreich den Bauern der Berechtigten Soldaten den Rat, ihr Korn zu verbrennen! Und dieser ist ein gut gemeinter Rat, denn der Farmer des Westens kann kein Korn billiger wahren halten, wenn er mit Korn heizt, als wenn er dazu Kohlen verwenden wollte. Was aber auch der Farmer tun mag, er verliert Geld. Alle Arbeit, alle Ausgaben, die er im letzten Jahre bergab, um Weizen, Futterstoffe, Wolle, Baumwolle usw. zu produzieren oder nach zu schicken, brauchen ihm nichts als Verlust. Er gab seinen Schweiß für nichts, denn er ist heute schlechter gestellt als im letzten Jahre. Es ist kein Markt da für seine Produkte. Er kann sie nicht für den Preis verkaufen, den sie im letzten Jahre kosteten. Und dabei leiden Millionen und Millionen Mittelmänner das und Hunger. Warum soll das Korn verbrannt werden? Es fehlt nicht an Transportmitteln, auch fehlt es nicht an Geld, um den Verkauf und den Handel finanzieren zu können. Es ist mehr Geld im Land, als je vorhanden. Warum fehlt es also? Die Regierungen aller Länder haben bewiesen, daß sie ihre Dänen zu organisieren und unerhörte Mittel aufzubringen wissen, wenn es sich um kriegerische Unternehmungen handelt. Und heute, wo Hungernot in weiten Gebieten herrscht, wird dem Farmer der Rat gegeben, gestroft sein Korn zu verbrennen! Er soll die alten Vorräte vernichten, weil halb schon wieder neue herangezogen sind. Die Bretter sollen nicht noch mehr gedrückt werden. Und alles — so fährt die amerikanische Zeitung fort — genügt nicht, um den Markt zu entlasten. Achtung ist nur möglich, wenn die Vorräte horribil gebracht werden, wo man sie so bitter nötig braucht. Dazu aber ist Geld nötig. In Amerika ist Geld, es muß nur für diese Zwecke mobilisiert werden. Hier handelt es sich um ein Freiheitswort, das der ganzen Menschheit zum Heile gerichten muß. — Kann es eine edlere Aufgabe geben? Die Bereinigten Staaten allein unter allen Nationen haben das Geld, die Vorräte, die Transportmittel, die Organismen, um dieses Werk rasch und erfolgreich durchzuführen. Schreiberlein lassen sich überwinden, sie sollten uns nicht schreden angedachts dessen, was auf dem Spiele steht. Wenn wir nun werden, dann sollte es möglich sein. Druckfähige Illustrationen für die Folgen des Krieges und des Verfallens Friedensberingens können kaum gegeben werden. Schädigung, Vernichtung nicht nur der Bevölkerung, sondern auch der Steier bringt der Krieg. Das Friedensbistat soll die Vernichtung vollenden.

## Aus der Genossenschaftsbewegung.

### Der Augen der „Vollfürsorge“.

Die Rechnungsstelle der „Vollfürsorge“ zu Eilen-West, Berliner Straße 171, schreibt uns: Schon wieder haben wir von einem durch Unfall zu Tode gekommenen Bergmann zu berichten, der bei der „Vollfürsorge“ versichert war. Es war der 29jährige Otto Br. zu Glöbde. Versichert war er mit 2000 Mark, wovon 1000 Mark auf eine erst vor kurzem geschlossene Waderversicherung entfielen, auf die erst 35 Mark Prämie gezahlt waren. Leider sind die Versicherungssummen meistens viel zu niedrig. Dabei nimmt die „Vollfürsorge“ Versicherungen in jeder Höhe an. Jeder, der für eine Familie zu sorgen hat, sollte ausreichend versichert sein. Die staatliche Hinterbliebenenfürsorge ist ja ganz unzulänglich und wird es noch viele Jahre lang bleiben. Für genossenschaftlich und genossenschaftlich organisierte Arbeitsschmer kommt natürlich nur deren eigenes Unternehmen in Frage, die im Jahre 1918 von den freien Genossenschaften und den Genossenschaftlichen gemeinschaftlich gegründete „Vollfürsorge“. Kameraden! Wir warnen vor jeglichem Versicherungsabschlus bei den privatskapitalistischen Versicherungsgesellschaften. Ihr führt dadurch dem Privatkapital Gelder zu, die, wenn auch indirekt, als Waffe gegen euch wieder verwendet werden. Eure eigenen fauler erworbenen Gelder führen sie an das Privatkapital ab, was damit aus eurer Sack Nagen zieht. Für alle, die keine Schicksalsversicherung für das Geschick treffen wollen, muß die Lösung sein, keinen Prämien mehr den Privatversicherungsgesellschaften anzuführen. Eure Pflicht aber ist es, die genossenschaftlichen Betreibungen der Arbeiterschaft zu fördern und auch als Mitarbeiter der genossenschaftlich-genossenschaftlichen „Vollfürsorge“ zur Verfügung zu stellen. Auskunft über diese Anstalt erteilt jedes Verbandsbureau, jedes Konzanderein und die Rechnungsstellen der „Vollfürsorge“.

## Knappschaffliches.

### Bedürftigkeitszulage.

Bekanntlich bezieht ein Teil der Knappschaffsindviduen, Witwen und Waisen beim Allg. Annapfshaus ein sogenanntes Bedürftigkeitszulage, die bis zu einer Einkommensgrenze bei Invaliden von 1000 Mark, bei Witwen von 800 Mark und bei Waisen von 1600 Mark monatlich gezahlt wird. Um festzustellen, welches Einkommen die armen Invaliden und Waisen haben, richtet die Verwaltung des Allg. Annapfshausvereines neuerdings verschiedene Fragen an die Bestellten, die gar nicht zur Sache gehören. Zum Beispiel wird gefragt: „Wo sind die Kinder beschäftigt? Welchen Lohn verdienen sie? Geben die Kinder ihren ganzen Lohn oder nur Kleingeld ab? Wenn ja, in welcher Höhe? Welche Arbeiten verrichtet der Sohn? Sein Name vertrieht er sie? Arbeitet er regelmäßig?“ und so fort. Dieses Vorgehen der Verwaltung wird den Vorstandsmitgliedern an die Glocke schlagen. Ich stelle fest, daß der Vorstand die Verwaltung zu einem solchen Vorgehen nicht beauftragt hat und daß ihr eigenmächtiges Handeln von den Vorstandsmitgliedern mißbilligt wird. Wir werden sofort die notwendigen Schritte unternehmen, um dem eigenmächtigen Vorgehen der Verwaltung Einhalt zu gebieten. Fritz Junges Blut, Vorstandsmitglied des Allg. A.-V.

## Aus dem Barmreiter.

Vom 1. Die etiditlich 10. Juni findet für die Barmreiter die diesjährige freie Arztwahl statt. Diese Wahl, welche sich halbjährlich wiederholt, birgt für die Mitglieder große Vorteile in sich. Es ist daher im Besonderen zu empfehlen, von dem Wahlrecht reger Gebrauch zu machen. Deshalb ist jeder Annapfshausmitglied innerhalb eines Kreises von 5 Kilometern. Das Recht zur Wahl hat jedes Krankheitsmitglied und jeder Invalide, nicht aber die Witwen, diese verbleiben bei ihrem Sprengelarzt. Deswegen Mitglied, welches bei seinem Sprengelarzt verbleiben will, braucht nicht zu wählen. Wahlen muß jeder, der einen anderen Arzt wünscht als seinen Sprengelarzt und nicht, wie irrtümlich die Meinung vorherrscht, nur denjenigen, der einen anderen Arzt wünscht, weil er vor einem kalten Jahr gerührt hat; nein, beide müssen wählen und zwar bei jeder Wahl. Wer nicht wählt, muß nach der Wahl ohne weiteres bei seinem Sprengelarzt in Behandlung gehen. Die Wahlzettel sind bei den Knappschaffsämtern zu haben und ausgefüllt an dieselben wieder abzugeben. Bezirksleitung Barmreiter.

## Aus dem Kreise der Kameraden.

### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Rechtsabteilung gegen unsere Redaktion. Das Rastungsmitglied von Roni Centis wird nun auch sehr arbeitslos beschäftigt haben. Kürzlich wurde dem Kameraden Centis eine Beleidigungsklage des Betriebsführers Kagal dem Roni Centis zugestellt. Nach dem Urteil schrieb bekanntlich die „Bergarbeiter-Zeitung“, daß der verunglückte Bergmann Paulin nicht lesen und schreiben konnte, trotzdem vorläufigsbirg von der Verleumdung zum Schlichter bestellt wurde. Der Betriebsführer Kagal hätte sich jedoch beledigt und sagt nun: „In Anbetracht der uns zur Verfügung stehenden Beweise ist es uns zunächst unverständlich, was wir der Klage erreicht werden soll. Die Sache führt zehn Zeugen an, welche bekunden sollen, daß Paulin lesen und schreiben konnte. Diejenigen Zeugen, welche bei der Bestimmung durch den parlamentarischen Untersuchungsausschuß ausgesprochen sind, werden nicht wieder benannt. Wir werden über den Verlauf des Prozesses berichten.“ Seit mehreren Wochen liegt auch eine Beleidigungsklage der Union der Bergarbeiter gegen einen Kameraden, welcher letzter einer an Gerichts gestellten Brief in der „Bergarbeiter-Zeitung“ (Nr. 45 u. 50)



ermählt hat, in welchem es heißt: "Seitdem Du hier meig bist, sind auch die Sammelstellen beschleunigt." Der Ausgang dieser Angelegenheit ist nicht zweifelhaft. Wir werden nicht nur diesen Beweis führen, sondern — falls notwendig — auch noch beweisen, daß die formellere Forderung der Mitglieder durch die Untermittelung erfolgt ist. Interessant ist es, daß gerade Barfels sich feindselig verhält, der in seiner glorreichen Redaktionsstube Tüchtige jenseits der Berge gegen Verbandsangelegenheiten begangen hat. — Auch liegt eine Klage von einigen Unionisten gegen eine sozialdemokratische Tageszeitung vor, welche einen Artikel aus Nr. 2 d. J. der "Bergerb.-Ztg." abgedruckt hat, überschrieben: "Betrieberische Kämpfe" in der "Hessischen Union". Wohlgemerkt: nicht die Redaktion der "Bergerb.-Ztg.", welche diesen Artikel geschrieben und zuerst veröffentlicht hat, wurde verklagt, sondern eine Tageszeitung, die ihn nachdruckt unter Verweisung auf die "Bergerb.-Ztg." Ob man sich davon mehr Glück verspricht?

Die Klagen der Union haben ihre Vorgeschichte. Als wir im Frühjahr des verflochtenen Jahres die unionsmäßige Aktivität aufbauten, schrieb die Unionleitung, daß sie uns verklagt habe. Dieses war nur ein Bluff, welcher den Schuldbigen nur eine Gegenfrist sichern sollte, die — Lage ist überhaupt nicht erfüllt! Als wir dann nachhaken und die Unionmitglieder mit Klagen drohen, bequamen man sich zu den erwähnten Klagen. Die bürgerliche "Klassenjustiz" soll nun einigen der leitenden Unionisten das Zeugnis ausstellen, daß sie tabellarisch reine Werten haben. Wir haben Urfache, das Gegenteil zu erwarten.

Und die Zeiten haben sich doch geändert. Brauchten wir uns früher nur mit der rechten Reaktion vor Gericht herumzuschlagen, kommt heute auch die linke Reaktion hinzu. Da sage noch einer, daß sich nichts geändert hat!

### Ein Sabotageakt auf Mont Genis.

Die Unternehmerroutine ist eifrig bemüht, alle — auch die geringsten — Unannehmlichkeiten der Bergarbeiter durch Bergarbeiter zu registrieren und diese der breiten Öffentlichkeit vorzutragen. Wir haben wiederholt auf den Zweck dieser Tätigkeiten hingewiesen. Selbstverständlich verurteilen wir jede Verächtlichkeit im Bergbau, verweisen aber immer wieder darauf, daß die Wertspresse kein Recht hat, sich darüber aufzuregen, denn was sich hier zeigt, sind die Auswüchse der kapitalistischen Sozial- und Wirtschaftspolitik. Nimmer leistet sich die Unternehmerroutine jedoch ein Sühnen, welches alles bisherige in der Schatten stellt. Sie berichtet: "Merse, 15. Mai. Ueber einen Sabotageakt auf der Höhe Mont Genis im benachbarten Soubien (wo befanntlich am 20. Juni 23 Bergleute durch Schlagwetterexplosion zu Tode gekommen sind) wird berichtet: Nach Schluß der Mittagspause entdeckte Beamter der Schichtanlage I-III in einem Aufstiege einen Brandherd. Es brannten nur einige Kohlen und es gelang, den Brand mit Gesteinsstaub abzukümmern. Ein Streichhölzchen lag nicht vor. Die Kohlen standen fest an und hatten sich nicht entzündet, so daß die Entzündung des Brandes durch Selbstentzündung ausgeschlossen ist, um so mehr, als überhaupt keine Erwärmung des Hölzchens im Aufstiege festzustellen war. Unter diesen Umständen kann nur vorsätzliche Brandstiftung in Frage kommen. Es ist besonders beachtenswert, daß sich der Grubenbrand in der Zeitschriftenpartie ereignet hat, wo infolge der Schlagwetter- und Kohlenabwärtigung ein Grubenbrand viel gefährlicher ist, als in anderen Abteilungen."

Dieser Grubenbrand wird als ein Sabotageakt erklärt und ohne den geringsten Beweis den Arbeitern zugeschoben. Mit demselben Recht können die Arbeiter diejenige verbrecherische Sabotageakt der Gegenseite zuschreiben.

### Warum mehr Beiträge?

Viele Kameraden gebrauchen heute diese Ausrede: "Warum mehr Beiträge, es gibt ja doch keinen Streik, die hohen Beiträge sind doch überflüssig." Kameraden, die solche Redensarten führen, sind sich der trügerischen Lage nicht bewußt, in der wir uns befinden, sonst würden sie so was nicht sagen. Ein jeder von uns strebt doch auch danach, möglichst hohes Einkommen und ein besseres Durchkommen zu haben, sich und die Familie anständig zu ernähren. Sätten wir aber die Organisation nicht, so würde uns von keiner Seite, am wenigsten aber von dem Unternehmer eine bessere Lebenslage bereiten. So wie wir alle danach streben, den Verband kapitalistisch zu gestalten, um in kommenden Kämpfen gerüstet dazustehen. Der Unternehmer sieht heute nicht viel auf das große Heer der Arbeiter, am meisten sieht er danach, die Organisation genug Geld und Zeit zu bestimmen. Nur diese furcht der Unternehmer sind wir aber nicht bereit, Opfer zu bringen, können wir auch nicht von der Organisation verlangen, daß sie das herausholt, was wir gerne haben möchten. So wie eine Familie Mittel braucht, sich zu ernähren, so braucht auch der Verband Geld, um stark zu sein, einen Kampf siegreich durchzuführen zu können. So wie ein schwacher Baum dem Sturm weicht, würde auch der Verband unter den Schlägen der Unternehmerroutine zusammenbrechen und wir Bergarbeiter wären der Willkür dieser Leute preisgegeben. Wollen wir all dieses verhindern, so müssen wir den Beschlüssen der letzten Generalversammlung Folge leisten und die Beiträge zahlen, die zur Erhaltung des Verbandes unbedingt notwendig sind; nur dann können wir ein besseres Wohlergehen verlangen. Weg mit allen Rügeleien, vernünftig darüber nachgedacht, dann kommen wir schon weiter, Vernunft hat noch keinen Schaden gebracht.

Franz Stranek, Ebenkamp.

### Zentrumschriften.

Der Satiriker Wilhelm Busch kannte doch seine Doppeldeutigkeit, als er sagte: "Befehlet sind die Frommen! Ihnen — was jedes Ding zum Besten dienen." Unter dem freien Hinweis, daß der "Bergknappe" doch wirklich Befehlet sein könnte, als nur Gefinnungsschmideln bei den freien Gewerkschaften zu betreiben, fragen wir nun schon bald ein Jahr lang, warum er dies überhaupt macht. Statt einer Antwort ist er dem Bitterkeit verfallen und behauptet mit einer kindlichen Naivität, daß der Verband sozialdemokratisch sei.

Ein alter Kumpel erzählt uns, daß er in früheren Jahren bei seinen Agitationsreisen in einem bestimmten Orte stets von einem Krupp Kinder empfangen wurden, die in einem fort: "Arataat, Arataat, Arataat" (statt Sozialdemokrat) schrien. Kam er näher, so fielen sie auseinander, schrien aber aus allen Munde ihr "Arataat" weiter. Dem "Bergknappen" geht es nicht besser wie diesen Kindern und wir verzichten gern auf weitere Auseinandersetzungen mit solchen Rastlosen. In der letzten Nummer (19 vom 13. Mai d. J.) liefert sich über der "Bergknappe" eine solche fromme Reduktion, die wir nun nicht schelten können. Statt auch nur im geringsten auf die obige alte Frage einzugehen, behauptet er freudig, daß er nur auf ausdrücklichen Wunsch der "Bergknappe-Redaktion" schon seit einem halben Jahr den "alten Pappen" schenkt. Mit dieser zentrumschriftlichen Verdrückung hat der "Bergknappe" glücklicherweise sein altes Niveau erreicht, in welchem er sich wohlher fühlt als bei anständiger Kampfesweise.

Was ist Tatsache? Ohne jeden Grund führte der "Bergknappe" die während und nach dem Arataat besetzte Verdrückung, "sozialdemokratischer Verband" wieder ein, was uns schon im August 1921 zu folgender Bemerkung veranlaßte:

"Da der "Bergknappe" nun wieder die Bezeichnung "sozialdemokratischer Bergarbeiterverband" allgemein eingeführt hat, gestalten wir uns — da uns der Zweck der "Bergknappe" nicht ganz klar ist — die Anfrage, ob man damit das oben schon erwähnte "Arataat" als gute Kennzeichen als wie fröhlich der "Bergknappe" doch es einen christlichen Satz gar nicht gibt und nehmen deshalb das Arataat — das Loß — an. Wir bitten um Bestätigung unserer wohlwollenden Auffassung."

Der "Bergknappe" hätte sich, darauf einzugehen und quacksalber sein "Arataat" ruhig weiter. Dies bedauert uns zu der Bezeichnung "Zentrumschriften" und dem wiederholten Hinweis, daß der "Bergknappe" sich besser um die Interessen der Bergarbeiter, als um unsere Gefinnung kümmern soll. Diese Tatsache, sowie auch die Unklarheit, welche sich der "Bergknappe" emanieren hat, veranlaßt ihn zu der Behauptung, als hätte die "Bergerb.-Ztg." diesen Streik vom Baune gebrochen. Das Wort "Zentrumschriften" hat also doch seine alte Bedeutung: "Sie liegen wie der Teufel und Schwindeln aus Prinzip."

### Sachen.

#### Betriebsräte und Lohnpolitik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Bisher war es im Bergbau üblich, daß die Lohnfragen ausschließlich die beiderseitigen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geregelt wurden. Die Betriebsräte hatten lediglich nur für die

glatte Durchführung der Verträge nach § 78 Ziffer 1 des Betriebsrätegesetzes Sorge zu tragen. Der Abschluß der Verträge im vorgenannten Paragraphen fand im Bergbau keine Anwendung. Das scheint jedoch in Zukunft anders werden zu sollen.

Die Betriebsräte im Zeit-Weissenfelder Bezirk haben am 3. Mai in einer Konferenz in Rudolstadt (Wer hat diese einberufen? D. Red.) eine Entschlossenheit angenommen, deren Verfasser unklar zu erraten sind — sie aber von weittragender Prinzipeller Bedeutung werden kann, leider aber ebenfalls zum Vorteil der Betriebsräte noch der Belegstellen.

Zuerst wird die "schmächtige Lohnpolitik" der Verbände und ihre Harmoniehebel mit den Grubenherren" verurteilt und dann wird auf die "Möglichkeit bezweifelnder Rämpfe Lokaler Art" hingewiesen.

Alsdann werden die folgenden Forderungen — wohlbeachtet! — den Gewerkschaften zur sofortigen Durchführung unterbreitet:

1. Sofortige Lohnverhandlung und 75 Prozent Lohnerhöhung für den Monat Mai.
2. Kohlenpreiserhöhung kommt für die Arbeitnehmerverbände auf keinen Fall als Gegenleistung an die Unternehmer in Frage.
3. Die Kohlenpreise werden den Fernvervierten gleichgestellt.
4. Sofern bis zum 10. Mai die Zustimmung der Unternehmer zur Verhandlung auf dieser Grundlage noch ausbleibt, müsse der Kampf geschlossen in ganz Mitteldeutschland einsetzen.

Ein Zusatzantrag zur vorstehenden Resolution besagt:

"Wenn die Gewerkschaften bis zum 10. Mai keine Entlassung herbeiführen haben, daß dann bis zum 15. Mai eine Betriebsrätekonferenz für den Bergbau Mitteldeutschlands durch das Bezirksstatistik einberufen werden müsse."

Also wenn die Gewerkschaften bis zum 10. Mai nichts erreicht haben, dann werden die Betriebsräte einfach zum Kampfe aufrufen. Ganz abgesehen davon, daß zum Verhandeln immer zwei gehören, die übereinstimmend sehr verschiedener Meinung sein können, betrifft damit eine völlig verantwortungslos Körperliche einen überaus gefährlichen Boden, und das ausgerechnet zu einer Zeit, wo den Betriebsräten bei der Ausführung ihrer eigentlichen Arbeiten täglich größere Schwierigkeiten seitens der Werksleitungen bereitet werden.

Ohne Beweisführung der wirtschaftlichen Notwendigkeit sollen sofort, und zwar ohne Kohlenpreiserhöhung, auf die derzeitigen Schichtlohnüberschneidungen von etwa — schlechtergerechnet 140 M. pro Tag — 75 Prozent Lohnerhöhung gezahlt werden. Wir sind ganz entschieden — dem jeweiligen Ballaststande entsprechend — für eine ausreichende Bezahlung der Bergarbeiter, aber wenn wir Forderungen stellen, ist es nicht allein mit dem "fordern" getan, sondern wir sind dann unter allen Umständen bereitwillig. Am Verhandlungstisch wird nicht mit Wünschen und Hoffnungen gearbeitet, sondern mit dem Verstand gerechnet. Wir sind deshalb verpflichtet, ganz gleich wie die Verfasser solcher Entschliessungen über uns urteilen, ein offenes Wort zu reden.

Es geht nicht an, bei unseiner Kameraden Hoffnungen zu erwecken, die durchgehen auch die radikalste Forderung gänzlich außerstande ist. Der "Arataat" bringt die Forderungen in Fettdruck, er macht sie also zu den seinigen. Er hat damit die Aufgabe übernommen, durch seine Volkswirtschaftler den Nachweis zu führen, daß der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau bei insgesamt 150 000 Arbeitern ohne weiteres in der Lage ist, bei Zugrundelegung einer 75-prozentigen Lohnenerhöhung, im Monat 378 Millionen Mark ohne Änderung seiner Preispolitik zu tragen. Das hat für ein Jahr gerechnet, im Mindestfall 4 Milliarden und 725 Millionen Mark. Es liegt uns fern, die zum Teil reifen Uebergewinne einer Reihe von Werken hier zu rechtfertigen; es gibt aber auch Gruben, die infolge der verschiedensten technischen oder sonstigen Gründe weniger ertragreich arbeiten, aber infolge der Kohlengemeinschaft, und nicht zuletzt im Interesse der Arbeiter selbst, nicht ohne weiteres aus der Produktion ausgeschlossen können. Hinzu kommt, daß die Kohlenpreise gebunden sind an die Zustimmung der Reichsregierung, während in jeder anderen Industrie die erhöhten Löhne ohne viel Aufhebens auf die Produktionskosten, also auf die Verkaufspreise umgelegt werden können. Hinzu kommt ferner, daß infolge der Abschwächung der Wettbewerbskraft an der deutschen Nordküste bereits englische Steinkohle, trotz enormer Frachtpreise, zum Teil billiger als deutsche Kohle angeboten wird. Wird dieser Zustand aber ein andauernd, dann sind die Folgen in erster Linie für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau heute noch gar nicht abzusehen. Aber ganz abgesehen davon: die weitere fruchtlose Verteuerung der Kohle wird auch für den Innermarkt schwere Schädigungen für alle Volksteile mit sich bringen.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten beträgt nach der Reichsindexziffer vom März auf April 20,3 Prozent. Unsere Kameraden mögen allein damit den Prozentsatz der letzten Lohnenerhöhung in Vergleich bringen. Zu den Reichsindexziffern wird ganz besonders erinnernd die bedeutende Erhöhung der Brennstoffpreise bemerkt. Wie gefährlich solche Katastrophenvollstöße ist, beweist der Umstand, daß bereits an der Börse Gerüchte über vorausgesetzte Kohlenpreiserhöhungen unter Ablehnung an die Forderungen lauthören. Die Folge ist weiteres, völlig ungerechtfertigtes Ansteigen aller Werte und Preise. Den größten Schaden dabei haben nur die minderbemittelten Klassen.

Gleichzeitig völlig verantwortungslos ist es, in mitteldeutschen Braunkohlenbergbau lokale Lohnkämpfe herauszubekommen. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß die bisherigen Ergebnisse nur auf zentraler Basis zu erreichen waren. Wir sind nicht verantwortungslos genug, um ohne weiteres, nur um unsere Ertragsberechtigung nachzuweisen, sinnlos aufs Geratewohl zu fordern. Die Gewerkschaften sind Manns genug, die wirtschaftliche Situation und die Lage der Arbeiter beurteilen zu können. Erst schmäht man die Gewerkschaften, dann fordert man von ihnen ultimatives Eintreten für völlig unhaltbare Forderungen, hält sich selbst aber vorsichtig im Hintergrund. Aber das wissen die Fabrikanten solcher Entschliessungen alles sehr gut; sie sind von der Undurchführbarkeit ihrer Forderungen überzeugt, aber mangels positiver Erfolge stiften sie ihr Dasein, indem sie von Zeit zu Zeit neue Parolen unter die Massen schleudern und dabei auf die wirtschaftliche Unkenntnis der Bergarbeiter hoffen. Wir warnen die Kameraden, den Parolen dieser unheilbaren Verwirrer der organisierten Arbeiter zu folgen. Die Gewerkschaften werden alles, was in ihren Kräfte steht, tun, die Interessen der Bergarbeiter zu vertreten, aber dazu brauchen sie das ihnen bisher geschenkte Vertrauen unbedingt weiter.

Ihr dunkle Kammeraden und alle nicht von den Verbänden unterzeichneten Aufrufe und Parolen müssen die freien Gewerkschaften jede Verantwortung ablehnen. Jede von unterzeichneten Führern entbotene Aktion würde nur mit einem ausschließlichem Erfolg für das Grubenkapital enden.

### Aus dem Thüringer Schiefergebiet.

Am Sonntag, den 14. Mai, hat eine Konferenz der Vertrauensleute des Verbandes im Schiefergebiet Stellung genommen zu dem gefälligen Schiedsspruch vom 12. Mai, der eine Erhöhung der Spigenlöhne von 106,20 M. auf 126 M. ab 8. Mai vorseht. Darin, daß die Unternehmer unsere eingetragene Forderung — Erhöhung der Stundenlöhne um 6 M. — ablehnten und damit auch die Verhandlungen, erklärten alle Redner eine Verschlechterungstatist. Mit folgender Resolution wurde der Schiedsspruch angenommen:

Die am 14. Mai im Lokale Jäger-Dehnen tagende Konferenz der Vertrauensleute des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands im Thüringer Schiefergebiet nimmt Kenntnis von dem Verlauf der Lohnbewegung und den vom Schlichtungsausschuß am 12. Mai gefällten Schiedsspruch. In dem Vorgehen der Unternehmer erkläre die Konferenz eine Verschlechterungstatist und warnt diese für die Zukunft, von unserer Seite eingetragene Lohnforderungen einfach zu ignorieren. Die Verantwortung für die Folgen, die durch ein derartiges Vorgehen der Unternehmer entstehen können, tragen dann selbst diese selbst. Trotz schwerer Bedenken erläßt die Vertrauensmannskonferenz für die Annahme des Schiedsspruchs und verpflichtet sich, bei ihren Mitgliedern ebenfalls dahin zu wirken.

Die Konferenz bringt nun Ausdruck, daß bei weiterer Preisentwicklung die durch Schiedsspruch gegebenen Löhne nur für Mai Möglichkeit haben können, und beantragt die Organisation, in diesem Falle mit neuen Forderungen ab 1. Juni an die Unternehmer heranzutreten."

Die Konferenz hat die Gewerkschaften mit dem Aufruf beauftragt, sein ADGB dahin zu werden, daß dieser bei der Reichsregierung bzw. dem Reichsgericht durch seine Vertreter einen entsprechenden Antrag vorlegt, der den zehnprozentigen Steuerabzug in der Weise neu reguliert, daß die Steuerbeiträge herabgesetzt werden. Wie in dieser Richtung bereits vorliegenden Anträge von der Reichsregierung sind vom ADGB zu unterstützen. F. B.

### Oberbergamtsbezirk Breslau. Unfälle im ober-schlesischen Bergbau.

Im ober-schlesischen Bergbau kommen in letzter Zeit sehr viel Unfälle vor. Angehören von den Massenunfällen der letzten Monate, mehrten sich die Einzelunfälle. Auf der Blei- & Schmelz- & Grube hat am 13. Mai das Veragen der Bremsvorrichtung die einfallende Belegschaft in Todesgefahr gebracht. Es handelt sich um fünf Beamte und zwei Bergleute, die eingetaucht wurden und mit dem Hysterforch in die Tiefe sausten. Unglücklicherweise versagte die Hemmvorrichtung. Nachdem die Bergleute geborgen waren, wurden die sämtlich schwerverletzten Leute in das Knappschäftslazarett gebracht. Die Verletzungen sind bei mehreren herat schwer, daß man für ihr Leben fürchtet. Nach einer Mitteilung der Betriebsleitung ist das Unglück auf eine Pfechtbergehenheit des Maschinenwärters zurückzuführen. Er hatte das Maschinenhaus verlassen, ohne die Maschine festzubremsen. Als die fünf Beamten und zwei Bergleute die Schale betreten hatten, sausten sie infolge des Liebergewichts in die Tiefe. Nachträglich ist in dem Veragen der Bergleute eine Verbesserung eingetreten, so daß man hofft, daß die Lebensgefahr vorüber ist.

Am 12. Mai ist auf der Seiniggrube der Maschinenwärter Loth in den Schacht auf die 540 Meter tiefe Sohle abgestürzt. Der Körper kam ganz zerstückelt unten an. Die Leichenteile wurden einzeln in einen Korb getan, zulage gehoben und nach der Leichenhalle des Knappschäftslazaretts geschafft, wo sie eingelagert wurden.

In der Seiniggrube ist ferner ein Bergmann durch Gruben-gase betäubt worden. Ein Steiger versuchte den Mann zu retten, wurde aber selbst durch die Gase betäubt und stürzte zu Boden. Der Steiger wurde gerettet und ist an der frischen Luft bald wieder zu sich gekommen. An dem Bergmann wurden Wiederbelebungsbemühungen vorgenommen, bis ein Arzt zur Stelle geholt wurde. Als dieser ersehnte, stellte er fest, daß der Tod bereits eingetreten war. Die Leiche wurde in die Leichenhalle des Knappschäftslazaretts transportiert.

Auf der Kadzionsgrube ist der Hüter Peinbrecht durch herabfallendes Gestein schwer verletzt worden. Er mußte ins Lazarett gebracht werden.

### Polengemeinschaften in Oberschlesien.

Die Klagen mehren sich immer wieder über neue Vergewaltigungen und Mißhandlungen Anderer durch polnische Gruben. Ein gemelter Terror neueren Datums wird uns aus Laurahütte gemeldet. Die in den Schlaßhäusern der Laurahüttegrube und der Richtergrube untergebrachte deutsche Belegschaft wird von Polen beunruhigt. In einem der Schlaßhäuser erschienen kürzlich ein Mann der Laurahüttengemeinschaft und vier Jittkisten, welche von den Schlaßhäusern die Lustweise forderten. Nach Durchsicht wurde etwa 50 Personen nahegelegt, binnen 24 Stunden den Ort zu verlassen. Nach diesem Vorfall sind in neuen Schlaßhäusern je 20 bis 30 Polen mit Gummi knütteln, Holzstöcken und Schußwaffen eingebracht und liegen sich von den Insassen die Legitimationskarten und die Papiere über die Zugehörigkeit zu einer Organisation vorlegen. Alsdann fordern sie die nicht gebürtigen Oberschlesier bzw. diejenige, welche einer polnischen Organisation nicht angehören, auf, innerhalb 24 Stunden Oberschlesien zu verlassen, da ihnen sonst die Knochen gebrochen werden würden. Eine größere Anzahl Leute wurde stark mißhandelt. Ein Arbeiter wurde aus einem Schlaßhaus weggeschleppt und ist bisher nicht zurückgekehrt. Infolgedessen haben von der Laurahüttegrube und den Richtergruben viele Arbeiter ihre Arbeit bereits genommen, andere ihre Papiere erbeten.

"Nach ist Polen nicht verloren!" sagen die polnischen Nationalisten vor dem Weltkrieg. Durch den Ausgang des Weltkrieges und mit Hilfe der "friedensliebenden" Entente, die sich auf alte Kanonen und Maschinengebilde stützten, besaßen sie ein "Vaterland" zusammengestiftet. Dieses meinten sie durch Terror und Brutalität erhalten zu müssen. Ein solches Polen muß wieder verloren gehen. Wir bedauern nur die Opfer dieser "Vaterlandsfreunde".

### Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 21. Woche (vom 21. bis 27. Mai) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

### Achtung, Verbandsmitglieder!

Seit 12 bis 13 Wochen befinden sich 100 000 Metallarbeiter Süddeutschlands im Abwehrkampf gegen eine von den Unternehmern geplante Verlängerung der Arbeitszeit. Um zu verhindern, daß die kämpfenden Arbeiter unterliegen, bedarf es der Unterstützung durch alle organisierten Arbeiter, wozu der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in seiner letzten Ausschlußsitzung aufruft.

Diesem Aufruf gemäß und unter Beachtung des § 10 Absatz 1 unseres Statuts hat der Gesamtvorstand in seiner Sitzung vom 8. Mai 1922 einstimmig beschlossen, zur Unterstützung für die Metallarbeiter von allen Mitgliedern einen Extrabeitrag von 10 Mark zu erheben.

Alle Mitglieder sind unter Beachtung des § 10 Absatz 5 des Statuts verpflichtet, den Extrabeitrag zu zahlen.

Das Ansinnen der Unternehmer, den Achttundentag zu befestigen, richtet sich nicht nur allein gegen die Metallarbeiter, sondern gegen die gesamte Arbeiterschaft. Daher die Notwendigkeit, die kämpfenden finanziell zu unterstützen. Der Sieg der Metallarbeiter ist auch ein Sieg der Bergarbeiter. Darum hoch die Solidarität!

Der Verbandsvorstand.

Das Mitglied Josef Rywalski (G.-Nr. 675 394), Zahlstelle Drzupowisch, Bezirk Oberschlesien, ist wegen Schädigung des Verbandes auf Grund des § 6 Abs. 1 des Statuts aus dem Verbande ausgeschlossen.

Auf Antrag der Bezirksleitung Halle wird bei Nr. 42 der "Bergerb.-Ztg." vom 15. 10. 1921 ausgeschlossene Mitglied Karl Stolz (G.-Nr. 338 484), Zahlstelle Mücheln, wieder in seine alten Rechte eingesetzt.

Auf Antrag der Bezirksleitung und Bezirkskommission Saarbrücken wird bei Nr. 29 der "Bergerb.-Ztg." vom 16. 7. 1921 wegen Disziplinbruch und Nichtbeachtung der Generalversammlungsbeschlüsse aus dem Verbanne ausgeschlossene Mitglied Albert Dreisch (Nr. 273 561), Zahlstelle Reuntraufen, nachdem dieser schriftlich erklärt hat, in Zukunft die Bestimmungen des Verbandstatuts sowie die Beschlüsse der Verbandssitzungen und der Generalversammlung zu beachten und danach zu handeln, hiermit wieder in seine alten Rechte eingesetzt.

### Bibliothek.

Effen-Berbad. Zweck Neuordnung wird die Gewerkschaftsbibliothek am 20. Mai geschlossen. Sämtliche Bücher müssen bis zu dem Tage abgegeben werden.

### Bücherverleihen.

Ober-Merzsch I. Am 28. Mai. — Dormrud IV. Dom 1. bis 15. Juni.

### Abreisenänderungen.

Ober-Merzsch I. Der Kassierer Hermann Wolf wohnt Körnerstr. 18. Böhlsheim I. Der 1. Vertrauensmann Karl Zerlung wohnt jetzt Altenstraße 192.

### Zur Schonung der Verbandsbücher empfehlen wir Bücher-Futterale zu 2,75 M.